

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Mag. Thomas Drozda,
Kolleginnen und Kollegen

NIKOLAUS SCHERAK, Dr. AXEL
KASSEGER

betreffend Förderung der Bürgerbeteiligung an der europäischen Politik, Stärkung der Grundrechte, Freilassung von Julian Assange aus der Haft

eingebraucht im Zuge der Debatte zum

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 275/A der Abgeordneten Mag. Wolfgang Gerstl, Mag. Jörg Leichtfried, Mag. Ulrike Fischer, Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Durchführung von Europäischen Bürgerinitiativen (**Europäische-Bürgerinitiative-Gesetz – EBIG**), BGBl. I Nr. 12/2012, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 32/2018, geändert wird (43 d.B.)

Mit dem gegenständlichen Gesetzesbeschluss soll der Zugang zur europäischen Bürgerinitiative für die Initiatoren in mehrerlei Hinsicht erleichtert werden. Die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist eine bedeutsame Komponente für das Ansehen und den Erfolg der europäischen Politik bei den Europäerinnen und Europäern. Denn die Bürgerinnen und Bürger tragen mit ihrer Zustimmung die europäische Union.

Die Grundrechte und die ungeteilte Anerkennung derselben ist eine weitere Säule der europäischen Politikarchitektur. Mit allen Mitteln muss unternommen werden, dass die europäischen Grundrechte in allen Mitgliedsstaaten voll inhaltlich umgesetzt und geachtet werden. In letzter Zeit werden allerdings Sachverhalte bekannt, wo die universelle europäische Geltung der Grundrechte gefährdet ist. Die Europäische Union und die anderen Mitgliedsstaaten müssen auf jene Mitgliedsstaaten auch mit rechtlichen Mitteln hinwirken, sich zum vollen Umfang und zur vollen Geltung der Grundrechte zu bekennen. Eine andere Entwicklung würde das europäische Projekt gefährden.

An einem konkreten Beispiel, das gerade von besonderer Aktualität ist, kann man die Problematik exemplarisch darstellen:

Der australische Journalist und Wikileaks-Gründer Julian Assange befindet sich seit über einem halben Jahr in kritischem Gesundheitszustand im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Auslieferungshaft.

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Thema Folter, Nils Melzer, forderte eine umgehende Freilassung von Julian Assange, aus medizinischen sowie aus rechtsstaatlichen Gründen. Neben vielen Personen der Zivilgesellschaft, darunter viele JournalistInnen und Kulturschaffende, haben zuletzt 120 Mediziner und Psychologen in einem offenen Brief ein Ende der psychologischen Folter und medizinischen Vernachlässigung von Julian Assange gefordert. Sein kritischer Gesundheitszustand sei eine Folge der jahrelangen Isolation in der ecuadorianischen Botschaft in London und im Hochsicherheitsgefängnis in London.

Der Wiki-Leaks-Gründer hatte sich aus Angst vor einer Auslieferung an die USA 2012 in die ecuadorianische Botschaft in London geflüchtet. Damals lag gegen ihn ein europäischer Haftbefehl wegen Vergewaltigungsvorwürfen in Schweden vor. Die Ermittlungen dazu wurden zwischenzeitlich eingestellt.

Der UNO-Sonderberichterstatter für Folter, Nils Melzer, hatte kürzlich schwere Vorwürfe gegen die Behörden in Großbritannien, Schweden, den USA und Ecuador erhoben. Seinen Aussagen zufolge wird an Assange ein Exempel statuiert, um Journalisten einzuschüchtern.

Die parlamentarische Versammlung des Europarates hat im Jänner d.J. in einer Resolution die Forderungen des UN-Sonderberichterstatters Nils Melzer unterstützt und die sofortige Freilassung von Julian Assange gefordert. Es gelte zu berücksichtigen, dass die Haft und Verfolgung von Assange einen gefährlichen Präzedenzfall für Journalisten darstelle. Auch das Europäische Parlament hat sich mehrfach mit diesem Sachverhalt beschäftigt.

Da europäische Grundwerte, wie Presse- und Meinungsfreiheit, entschlossen zu verteidigen sind, stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

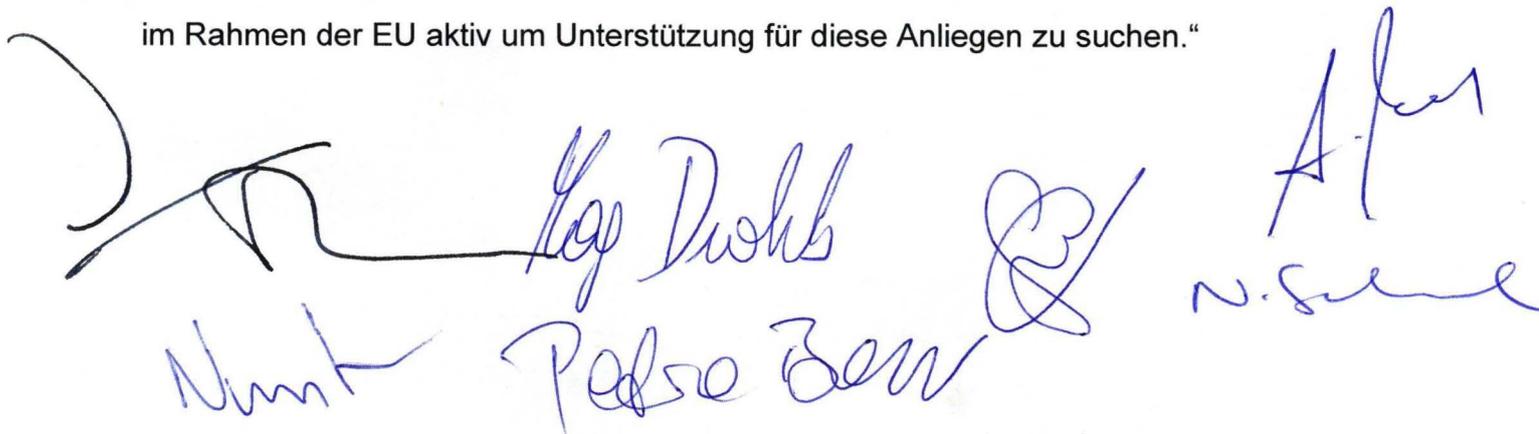
„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den europäischen Politikprozessen zu fördern und die Bürgerbeteiligung bestmöglich zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, für die ungeteilte Achtung der europäischen Grundrechte in allen Mitgliedsstaaten der EU einzutreten, seien auch rechtliche Maßnahmen hierfür notwendig.

Die Bundesregierung wird schließlich aufgefordert, sich ungeachtet der Vorwürfe, die Julian Assange gemacht werden, gegenüber der britischen Regierung aus menschenrechtlichen und medizinischen Gründen für eine umgehende Entlassung Julian Assanges aus der Haft einzusetzen, damit er unter fachärztlicher Aufsicht genesen und seine Grundrechte ungehindert ausüben kann,

sich gegenüber der britischen Regierung dafür einzusetzen, dass Julian Assange nicht an die USA ausgeliefert wird und

im Rahmen der EU aktiv um Unterstützung für diese Anliegen zu suchen.“

The block contains several handwritten signatures in blue ink. From left to right, there is a large, stylized signature, followed by 'Nunt', 'Kop Duchs', 'Pablo Ben', a circular stamp or signature, and 'Alfon N. S...'. The signatures are written over the bottom of the text area.

